



Michelle Müntefering (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Michelle Müntefering MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Rentenpolitik-Watch
Per Email

Berlin, 09.05.2016

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 73 134
Fax: +49 30 227 76 120
Ansprechpartner:
Andrea Straka
Konstantin Kosten
Dieter Ripberger

Wahlkreis Herne-Bochum II
Bochumer Str. 26
44623 Herne
Tel: +49 2323 9491 35
Fax: +49 2323 9491 16
Ansprechpartner:
Jimena Salloch
Winfried Marx
Fatih Kaya

michelle.muentefering@bundestag.de
www.michelle-muentefering.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stimme mit Ihnen überein, dass die Abwehr von Altersarmut ein Problem ist, das bundespolitisch gelöst werden muss. Daher beantworte ich gerne Ihre Fragen.

Zu Frage 1. Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise: Die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Alterssicherung können nur bewältigt werden, wenn wir die Lasten gerecht zwischen den Generationen und verschiedenen Formen der Finanzierung verteilen. Gleichmaßen benötigen wir dazu die Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente und der betrieblichen Altersvorsorge andererseits. Zu ersterem gehören auch eine Stabilisierung der Rentenversicherung mit Hilfe zusätzlicher Steuermittel und die vollständige Finanzierung versicherungsfremder Leistungen wie der „Mütterrente“ aus Steuermitteln. Ich setze mich dafür ein, ein weiteres Absinken des Rentenniveaus zu verhindern. Letzteres muss stärker als



bisher durch die Sozialpartner (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) organisiert und mit einer stärkeren Einbeziehung von Geringverdienern verbunden werden. Ein Rentenniveau wie vor 1990 werden wir allenfalls auf Basis dieser beiden Säulen der Alterssicherung wieder erreichen können.

Zu Frage 2. Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja: Bereits vorhandene oder drohende Altersarmut hat vielfache Ursachen. Ein sinkendes Rentenniveau ist nur eine davon. Altersarmut geht vor allem auf brüchige und unstete Erwerbsbiografien zurück: durch Phasen der Arbeitslosigkeit, Familienphasen, geringfügige Beschäftigung, langanhaltende oder gar dauerhafte Teilzeitbeschäftigung, nicht abgesicherte Selbständige Tätigkeiten. Hinzu kommt das Armutsrisiko Niedriglohn. Deshalb müssen wir auch an unterschiedlichen Stellen ansetzen, um Altersarmut zu verhindern: Dabei gilt in erster Linie der Zusammenhang bessere Löhne führen auch zu besserer Rente. Daher wurde der gesetzliche Mindestlohn eingeführt und das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit – gestärkt. Außerdem setzt sich die SPD für eine Stärkung der Tarifbindung und für die gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben ein. Aber auch in der Rentenpolitik wurden und werden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Dies gilt für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für die verabredete Einführung der solidarischen Lebensleistungsrente.



Zu Frage 3. Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja: Als Sozialdemokraten setzen wir uns für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme – also auch in die Rentenversicherung – gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung ein. Dies kann jedoch nur schrittweise gelingen. Denn zum einen ist das Berufsbeamtentum in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt. Zum anderen hat die gesetzliche Rentenversicherung in der Vergangenheit bestimmte Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern nicht einbezogen, weshalb sich in vielen Berufen berufsständische Versorgungswerke gegründet haben. Der Fokus muss in erster Linie auf die Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung gerichtet, die nicht in einem berufsbezogenen Versorgungswerk pflichtversichert sind.

Zu Frage 4. Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Ja: Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Hierbei sind wir in Regierungsverantwortung der SPD auch bereits grosse Schritte vorangekommen. Zur



Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die im Rahmen der deutschen Einheit entstanden sind, hat Rot-Grün Steuermittel aus der Ökosteuer bereitgestellt. Dennoch gibt es hier weiterhin eine Finanzierungslücke, insbesondere für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (Mütterrente). Diese Lücke muss geschlossen werden.

Zu Frage 5. Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Teilweise: Rentenpolitische Entscheidungen der Vergangenheit müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Die Anpassung und Weiterentwicklung unseres Systems der Alterssicherung ist eine ständige Aufgabe der Politik. Das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Beziehern soll noch in dieser Legislaturperiode entschärft werden. Zwar bleiben die Leistungen des SGB II nachrangig, es darf aber in Zukunft kein Rentenantrag durch das Jobcenter stattfinden, wenn dadurch der Abschlüsse der Bezug von Altersgrundsicherung droht. Die Anpassung von Ost- und Westrenten in einem System hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Die versprochene Umsetzung muss nun auch kommen. Da sich die Riester-Rente in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat, brauchen wir neben der Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten



Alterssicherung. Dabei setzt die SPD vor allem auf eine stärkere
Verbreitung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen
Altersvorsorge – organisiert durch die Sozialpartner und mit
einer besseren Förderung von Geringverdienern.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Müntefering'.

Michelle Müntefering MdB